Rat der EU

PRESS DE

PRESSEMITTEILUNG
118/25
24.02.2025

Syrien: EU setzt restriktive Maßnahmen in Bezug auf wichtige Wirtschaftssektoren aus

Der Rat hat heute beschlossen, eine **Reihe restriktiver Maßnahmen** angesichts der Lage in Syrien **auszusetzen**. Dieser Beschluss ist Teil der Bemühungen der EU, einen alle Seiten einschließenden politischen Übergang in Syrien sowie die rasche wirtschaftliche Erholung, den Wiederaufbau und die Stabilisierung des Landes zu unterstützen.

Die EU verfolgt das Ziel, die **Zusammenarbeit** mit Syrien, seiner Bevölkerung und seinen Unternehmen in den Schlüsselbereichen **Energie und Verkehr** zu erleichtern; zudem sollen Finanz- und Banktransaktionen vereinfacht werden, die mit diesen Sektoren und jenen, die für humanitäre Zwecke und für den Wiederaufbau erforderlich sind, verbunden sind.

Insbesondere hat der Rat beschlossen,

– sektorale Maßnahmen in den Bereichen **Energie** (einschließlich Öl, Gas und Strom) und **Verkehr** auszusetzen;

– **fünf Organisationen** (Industrial Bank, Popular Credit Bank, Saving Bank, Agricultural Cooperative Bank, und Syrian Arab Airlines) **von der Liste derjenigen, deren Gelder und wirtschaftliche Ressourcen eingefroren wurden**, **zu streichen** sowie zu genehmigen, dass der syrischen Zentralbank Gelder und wirtschaftliche Ressourcen zur Verfügung gestellt werden;

– bestimmte **Ausnahmen** vom Verbot der Aufnahme von **Bankbeziehungen zwischen syrischen Banken und Finanzinstituten** im Hoheitsgebiet der Mitgliedstaaten einzuführen, um Transaktionen im Zusammenhang mit dem Energie- und Verkehrssektor sowie Transaktionen zu ermöglichen, die für humanitäre Zwecke und für den Wiederaufbau erforderlich sind;

– die Anwendung der bestehenden **Ausnahme für humanitäre Zwecke** auf **unbestimmte Zeit** zu **verlängern** und

– eine Ausnahme für den persönlichen Gebrauch bei der Ausfuhr von **Luxusgütern** nach Syrien einzuführen.

In Anknüpfung an den heutigen Beschluss wird der Rat seine Arbeit fortsetzen und prüfen, ob weitere Wirtschaftssanktionen ausgesetzt werden können. Ferner wird er die **Lage** in dem Land weiterhin **genau beobachten**, um sicherzustellen, dass solche Aussetzungen weiterhin angemessen sind.

Zugleich **hält** der Rat **Benennungen für Sanktionen im Zusammenhang mit dem Al-Assad-Regime**, dem Chemiewaffensektor und dem illegalen Drogenhandel sowie eine Reihe sektoraler Maßnahmen, etwa in Bezug auf Waffenhandel, Güter mit doppeltem Verwendungszweck, Ausrüstung zur internen Repression, Abhör- und Überwachungssoftware sowie die Ein- und Ausfuhr von syrischen Kulturgütern, aufrecht.

Die restriktiven Maßnahmen der EU wurden als Instrument gegen das Al-Assad-Regime genutzt, das für die gewaltsame Unterdrückung der syrischen Zivilbevölkerung verantwortlich war. Der Zusammenbruch des Al-Assad-Regimes ist der Beginn einer neuen Ära der Hoffnung für die syrische Bevölkerung. Alle Syrerinnen und Syrer im Land und in der Diaspora sollten die Möglichkeit haben, sich am Wiederaufbau ihres Landes zu beteiligen. Die EU steht der syrischen Bevölkerung in dieser Phase des Übergangs zur Seite.

Der Rat hat eine diesbezügliche Erklärung gebilligt, und die einschlägigen Rechtsakte werden morgen im Amtsblatt der EU veröffentlicht.

Hintergrund

Nach dem Sturz des al-Assad-Regimes in Syrien betonte der Europäische Rat in seinen Schlussfolgerungen vom 19. Dezember 2024 die historische Chance für alle Syrerinnen und Syrer, das Land wieder zu einen und wieder aufzubauen, und unterstrich, wie wichtig ein alle Seiten einschließender, unter syrischer Führung stehender politischer Prozess ist, der den berechtigten Bestrebungen des syrischen Volkes Rechnung trägt.

- Erklärung des Rates zu Syrien

- Schlussfolgerungen des Europäischen Rates, 19. Dezember 2024

Diese Publikation ist derzeit nur in folgender/folgenden Sprache(n) verfügbar:

EN

- Syrien (Hintergrundinformationen)
- Syrien: Erklärung der Hohen Vertreterin im Namen der Europäischen Union zum Sturz des Assad-Regimes, 9. Dezember 2024

Press office - General Secretariat of the Council of the EU
Rue de la Loi 175 - B-1048 BRUSSELS - Tel.: +32 (0)2 281 6319
press@consilium.europa.eu - www.consilium.europa.eu/press